

beruflichen Umfeld häufiger eingezwängt, also eher Befehlsempfänger. Die leben die Autonomie, die auf der Arbeit fehlt, dann eben privat aus, auf der Autobahn oder am Grill. Sie wollen sich nicht bevormunden lassen.

Mau beobachtet einen „Allmählichkeitsschaden“. Der nächste Begriff, den er klug entliehen hat: So bezeichnen Versicherungen Schäden, die über einen längeren Zeitraum entstehen und unbemerkt bleiben. Und wenn man sie bemerkt, ist es sehr schwer, sie zu beheben, manchmal unmöglich. So ist es laut Mau auch in der politischen Kultur: Die Debatte verschleißt, das Vertrauen in Institutionen wie Politik, Wissenschaft und öffentlich-rechtliche Medien bröckelt. Durch viele kleine Grenzüberschreitungen, die für sich genommen unbedeutend wirken, aber in Summe die offene, pluralistische Gesellschaft beschädigen.

Nachdem im Frühjahr ein geheimes Treffen von Rechtsextremen in Potsdam bekannt wurde, an dem auch Abgeordnete der AfD teilgenommen hatten, sind Millionen Deutsche auf die Straße gegangen. Waren die Enthüllungen um das Geheimgespräch und der Begriff „Remigration“ Triggerpunkte?

Ich denke schon. Millionen hatten das Gefühl, dass da eine Grenze überschritten wurde, und gingen demonstrieren. Eine gesellschaftliche Immunreaktion. Daran zeigt sich, dass Triggerpunkte positiv wirken können: Indem die Menschen für die offene Gesellschaft auf die Straße gingen, haben sie Veränderung mitgestaltet, statt sie zu erleiden. Diese Selbstwirksamkeit ist zentral, um mit Wandel umgehen zu können.

Nun finden nicht ständig und überall Demos statt. Die sozialen Medien befeuern Polarisierungsempfinden und Ohnmacht oft. Welche Streitorte bleiben, um zu „enttriggern“, um konstruktiver zu streiten?

Ich bin für Lesungen häufiger in Bibliotheken unterwegs, auch in Plattenbausiedlungen. Da kommen die Leute unvoreingenommen. Der direkte Austausch ermöglicht viel mehr Sachlichkeit als die sozialen Medien. Früher waren auch die Kirchen, Gewerkschaften und Volksparteien Orte der Selbstwirksamkeit und Verständigung. Nur haben die enorm an Mitgliedern und Vertrauen verloren. An ihrer Stelle stehen heute Netzwerke, Vereine und Initiativen, die weit weniger mächtig und schwerer zu greifen sind. Spannend fand ich zuletzt die Zusammenarbeit von Fridays for Future mit der Gewerkschaft ver.di.

Die gemeinsam für die Mobilitätswende lobbyieren.

Weil die, wenn man sie richtig gestaltet, fürs Klima und die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Nahverkehr gut wäre. Das ist ein gutes Beispiel für eine Allianz unterschiedlicher ökonomischer Gruppen. Da gibt es ein Mobilisierungspotenzial, das bislang brachliegt.

Als Makrosoziologe leben Sie von der Draufsicht, kreisen ein wenig über dem Geschehen. Was triggert Sie?

Wenn ich das Gefühl habe, Leute drücken bewusst Triggerpunkte, um Aufmerksamkeit zu erzeugen. ➔



Steffen Mau, 55, ist Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin. Einige halten ihn für den einflussreichsten Soziologen Deutschlands. Der mit den griffigsten Metaphern ist er sicher: Mau spricht von Kamelgesellschaften, sozialen Frakturen, Veränderungerschöpfungen – und von seiner Arbeit als „Mythenjagd“.

Tour de beef, Etappe 1: Chile

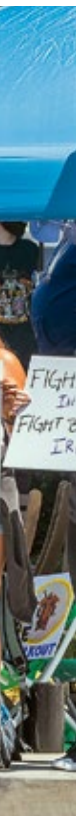


**Euer gutes
Recht**

Eigentlich wollten die Chilenen ihre Verfassung ändern: Die aktuelle ist von 1980, stammt aus der Militärdiktatur unter Pinochet und gilt als Ursache für die soziale Ungleichheit im Land, weil sie private Renten-, Gesundheits- und Bildungssysteme festlegt. Im Herbst 2019 demonstrierten Hunderttausende für ein neues Grundgesetz. Ein Gremium (aus 155 gewählten Volksvertretern, davon die Hälfte Frauen) erarbeitete einen Verfassungsentwurf. Der hätte mehr Rechte für die indigene Bevölkerung, umfassende Schutzrechte für queere Personen, ein Recht auf Abtreibung, Wohnraum und mehr Umweltschutz

garantiert – und weltweit Vorbildcharakter gehabt. Und die Bevölkerung? Lehnte in einem Referendum mit deutlicher Mehrheit ab. Der Entwurf war vielen doch zu progressiv, bei einigen Artikeln war unklar, wie sie umgesetzt werden sollten. Kritiker witterten eine kommunistische Diktatur, Unsicherheit und Chaos – und legten einen eigenen, konservativeren Entwurf vor. Der wurde kürzlich ebenfalls abgelehnt. Alles bleibt beim Alten. Weil beide Lager ihre Niederlagen eingestanden haben, gilt die chilenische Demokratie trotzdem vielen als Vorbild.

Benjamin Hindrichs



In der Games-Industrie wurde die Idee, Ungerechtigkeiten mit Arbeitskämpfen zu begegnen, regelrecht geschmäht. Die „Crunch Culture“ galt schlicht als Teil des Jobs, die Arbeit in den Studios als Sache von Enthusiasten, die ihrer Berufung nachgehen, nicht einem pünktlichen Feierabend. In einer Umfrage der International Game Developers Association sagten 28 Prozent der Entwickler, dass Crunchtimes für sie Joballtag seien (und weitere 25 Prozent gaben an, dass sie Überstunden machen müssen, die aber nicht „Crunch“ genannt werden).

Dabei ist die Arbeit in den Studios nicht nur hart, sondern auch unsicher. Auf Crunches folgen häufig ruhigere Phasen, die Spiele sind ein Erfolg oder floppen, und die Studios reagieren auf dieses ständige Auf und Ab. Als 2023 viele Releases erschienen, die wegen der Pandemie verschoben worden waren, endeten mit den Projekten auch Tausende Jobs. Mindestens 10.500 Stellen wurden 2023 in der Gaming-Industrie gestrichen.

Und noch ein Problem hat die Gaming-Industrie: 2018 berichteten erstmals Mitarbeiterinnen öffentlich von Mobbing, beruflicher Benachteiligung und sexualisierter Belästigung in den Studios. Daraufhin traten hochrangige Manager zurück, und in großen Studios wie Activision Blizzard („World of Warcraft“) und Riot Games („League of Legends“) protestierten und streikten Mitarbeitende. „Das war ein Funke“, sagt Johanna Weststar. „Die Proteste haben gezeigt, dass die Energie für einen Kulturwandel studioübergreifend da ist.“

Game Workers Unite (GWU) versucht, diese Energie zu nutzen. Das Logo der Gruppe zeigt eine Faust, die sich um einen Controller ballt. Eine Kampfansage? „Viele denken, wir rufen primär coole Slogans, bewerfen die Arbeiter mit Ausgaben von Marx' ‚Kapital‘ oder hissen Banner, während sie das Studio stürmen“, sagte GWU-Mitgründerin Emma Kinema mal lachend auf einem Vortrag. Dabei sei Arbeitskampf weniger der Sturm auf die Bastille als ein Zuhören und ein Austausch über die Möglichkeiten, wie man Probleme am Arbeitsplatz gemeinsam lösen kann.

GWU setzte sich für stabile und faire Löhne ein und dafür, dass Crunches verboten werden. Coole Slogans gab es trotz Kinemas Anmerkung: GWU-Sticker mit „Press X to form union“ oder „Fight bosses not devs“ (Anm. d. Red.: „developers“) zierten Games-Messen und Studiozentralen. Und vor allem auf Discord war GWU aktiv, um die Chatplattform für Gamer zum Ort des Arbeitskampfes der Entwickler zu machen. Heute tauscht man dort Tipps zur Gewerkschaftsbildung und Streiks aus, die in einigen Studios verfangen haben. Bei Sega of America, dem kalifornischen Ableger der Entwickler von „Sonic“, verhandelte die Gewerkschaft Lohnerhöhungen und Kündigungsschutz, und Activision Blizzard übernahm Mitarbeitende mit Zeitverträgen in Vollzeitstellen, um eine Gewerkschaft zu verhindern.

Und nicht nur in den USA rührt sich was. In Großbritannien ist der GWU-Ableger mittlerweile gesetzlich als Gewerkschaft anerkannt. In Schweden sind Entwickler einer Gewerkschaft beigetreten, in Frankreich finanziert eine Videospiegelgewerkschaft Entwicklern den Streik. Und in Deutschland? Rührt sich noch wenig.

Hierzulande ist die Games-Industrie eher klein. Spricht man mit Menschen in der Branche, zeichnen alle dasselbe Bild: Die großen Releases werden woanders entwickelt, für Crunches gibt es Ausgleichstage, und Entwickler sind auf dem Arbeitsmarkt zu begehrte, um sich von einem Studio schlecht behandeln zu lassen. Entsprechend wenig Einfluss konnte der deutsche Ableger von Game Workers Unite bislang erlangen. Und auch die Anstrengungen von ver.di, Spieleentwickler für sich zu gewinnen, sind bislang vergebens. Doch auch in Deutschland gab es zuletzt Kündigungen, einige Studios mussten schließen, und gleichzeitig werden künstliche Intelligenzen immer besser im Entwickeln von Spielen. Und vor einigen Monaten gründete sich der Verein GAME:IN, um auf den Sexismus in der deutschen Branche aufmerksam zu machen. Vielleicht wiederholt sich hier Geschichte: Mit einer ähnlichen Initiative hatten die Arbeitskämpfe in den USA begonnen. ➔



Macht euch keinen Kopf

Tour de beef, Etappe 2: Uganda

Das Haar üppig und weißblond, genau wie sie es vor Gericht trugen, als Uganda noch Kolonie war. Die Briten hatten die Perücken einst für Anwälte und Richter an den afrikanischen Kolonialgerichten eingeführt (und dann selbst alles andere als gerecht geurteilt). Die Kolonialisten sind verschwunden, die Perücken geblieben: In vielen Staaten des ehemaligen Empires werden sie bis heute an den Obersten Gerichten getragen. In Uganda setzen viele Richter und Anwälte das koloniale Überbleibsel sogar freiwillig auf. Die Perücke gilt als Statussymbol, das,

nicht selten aus echtem Rosshaar in England gefertigt und mehrere Hundert Pfund teuer, dem Amt Prestige und Würde verleihen soll. Andere wollen die Berufsfrisur mehr als 60 Jahre nach dem Ende der britischen Kolonialherrschaft endlich verbannen: Im Gewand der früheren Unterdrücker sei kein souveränes Uganda und keine glaubwürdige Rechtsprechung zu vertreten. Zumal die Perücken so schwitzig und unbequem sind, dass selbst die Europäer vielfach aufgehört haben, sie zu tragen.

Ella Shomade

Der Streit meiner Eltern wurde zum Soundtrack meiner Kindheit – und verpasste mir einen Harmonieknacks



und einfach alles sein könnte. Einfach Frieden – wie wär's, ihr Lieben? Wie schwer kann's bitte sein, wenn es euch euer 15-Jähriger hier oben vorjammt? Es half leider nichts.

Ich sah meine Mutter weiter weinend in der Küche sitzen, hörte meinen Vater tagelang kein Wort sprechen. Es fühlte sich an, als würde er auch mich mit seinem Schweigen bestrafen.

In meiner Erinnerung ging ihr Streit noch Jahre weiter, bis ich andere Möglichkeiten hatte, mich ihm zu entziehen. Ich zog aus und trug mein versöhnliches Mindset in die Welt hinaus. Ich lernte an der Uni Freunde und Freundinnen kennen, mit denen ich mich nicht stritt, führte ultraharmonische Liebesbeziehungen und verließ umgehend die WG-Küche, wenn jemand laut wurde. Menschen, die mir zu kompliziert wurden, wechselte ich regelrecht aus. Alle zwei bis drei Jahre hatte ich eine neue Beziehung. Freundschaften konnte ich nie genug haben, aber wenn jemand von seinem besten Freund sprach, fiel mir auf, dass ich nicht wirklich wusste, wer das für mich sein sollte.

Als konfliktscheuer Mensch lernt man wunderbar Leute kennen. Die Leute fühlen sich aufgehoben bei einem, weil niemand auf Streit aus ist und sich Unverbindlichkeit gut anfühlt, das Leben ist ohnehin voller Pflicht und Nerv. Ich

wurde über die Jahre gut darin, Leichtigkeit zu versprühen. Locker bleiben, lächeln, keine Probleme machen: Ich war ein Friedensdienstleister.

Bis ich vor einigen Jahren Ada traf. Sie ließ mir meine Vermeidungsstrategie nicht durchgehen. Wenn ich sie mied, weil sich ein Streit anbahnte, rief sie mich immer wieder an. Stand plötzlich vor der Tür. Tauchte bei meiner Arbeit auf. „Du bist unmöglich“, sagte sie.

Und dann diskutierten wir die Dinge aus. Führten Gespräche, die nur ernst, ernst, ernst waren. Es dauerte, bis ich verstand, dass Ada mein großes Glück war. Durch sie machte ich eine Erfahrung, die ich in meiner Kindheit verpasst hatte: dass man durch einen Streit gewinnen kann. Dass man sich hinterher oft näher ist als vorher. Weil man gesagt hat: Du bist es mir wert, mich mit dir zu streiten. Ada schwieg mich nach dem Streiten nicht an. Eher sagte sie wieder, diesmal lächelnd: „Du bist unmöglich.“

Wenn ich heute nach Hause fahre, streitet dort niemand mehr. Meine Eltern wirken abgekämpft, wie zwei erloschene Vulkane. Ein wenig tun sie mir leid: War das nicht unglaublich hart, sich andauernd zu streiten? Zu fragen habe ich mich bislang nicht getraut. Noch bin ich zu harmoniebedürftig. Aber ich glaube, es wird nicht mehr lange dauern. ➔

Tour de beef, Etappe 3: USA



Appschalten

Eine App spaltet die USA: Nach langem Gezerre hat der US-Kongress im April entschieden, dass TikTok in den USA verboten wird, wenn der chinesische Mutterkonzern ByteDance nicht an einen US-amerikanischen Eigentümer verkauft. ByteDance gilt als verlängerter Arm der Kommunistischen Partei Chinas. In diesem Fall war sich selbst der sonst so hoffnungslos zerstrittene US-Kongress einig: Republikaner und Demokraten fürchten Spionage, Datenlecks und Einflussnahme auf die US-Wahlen – nutzen die Video-App aber selbst weiter für den Wahlkampf. Gegenüber stehen sich nicht nur zwei Supermächte, sondern auch zwei heilige Grundsätze der US-Politik: innere Sicherheit gegen

Meinungsfreiheit. Und nicht zuletzt die Boomer in Washington gegen Hunderttausende junge User. Für viele ist TikTok die zentrale Nachrichtenquelle. Und für immer mehr Menschen eine Einnahmequelle: 15 Milliarden US-Dollar Umsatz generierten US-Kleinunternehmer 2023 über die App. TikTok selbst wehrt sich und hat seine 170 Millionen US-User zum Protest aufgefordert. Sie stehen mit Plakaten vor dem Kongress, überschütten Abgeordnete mit Anrufen und fluten die Plattform mit #KeepTikTok-Videos. Eine Nutzerin verabschiedete sich von ihrem „chinesischen Spion“ in einer dramatischen Liebesszene: „Der Einzige, der mich je wirklich kannte.“

Annett Scheffel

in Deutschland fast 59.000 Patente angemeldet, rund 20.000 stammen von ausländischen Unternehmen. Deshalb kann es passieren, dass vor deutschen Gerichten Patentverfahren nichtdeutscher Unternehmen verhandelt werden. Zum Beispiel Netflix gegen Broadcom, ein US-amerikanisches Halbleiterunternehmen. Ein deutsches Landgericht verbot Netflix, eine Videokodierung von Broadcom für Filme in Ultra-HD zu verwenden. Weil Netflix sich nicht gleich daran hielt, verhängte das Gericht eine Geldstrafe von gut sieben Millionen Euro. Oder alternativ 15 Tage Haft für Mitglieder des Netflix-Vorstandes – und zwar für jeden der 47 Tage, an denen Netflix gegen die Unterlassungsverfügung verstoßen hatte. Klingt nach gutem Stoff für eine Serie.

Weshalb sollte ein Unternehmen Rechte an etwas halten, das die Natur hervorgebracht hat?

Obwohl es um viel geht, gehören Patentstreitigkeiten zu den langweiligsten Gerichtsverfahren überhaupt. Keine Tränen, kein Publikum, keine überraschenden Wendungen, kein Jubel nach der Urteilsverkündung. Die Anhörung im Gerichtssaal dauert oft nur wenige Stunden: Sie ist die bloße Bilanz dessen, was Gericht und Anwälte monatelang vorbereitet haben. Oft versuchen die Anwälte, sich außergerichtlich auf Schadensersatz oder eine Lizenz zu einigen. So landen die meisten Streitfälle gar nicht erst vor Gericht. Falls doch, betäuben sich die Verhandlungsparteien mit technischen Details oder chemischen Formeln, Patentnummern und Fachwörtern. Das Bundespatentgericht ist neben dem neuen Einheitlichen Patentgericht für die EU-Mitgliedstaaten das einzige Gericht, in dem neben Juristen auch Naturwissenschaftler Urteile fällen, sogenannte technische Richter.

Die kleinen Geschwister des Patents sind die Schutzrechte für Designs, Gebrauchsmuster oder Marken. Im berühmten „Spezi“-Streit zwischen den bayerischen Brauereien

Riegele und Paulaner beispielsweise ging es nicht um die Idee, Orangenlimonade in Cola zu kippen, sondern um den Namen für das Gemisch: Den Namen „Spezi“ hat sich Riegele ausgedacht, aber Paulaner mit einer Vereinbarung erlaubt, ihr Getränk „Paulaner Spezi“ zu nennen. Das ging Jahrzehnte gut. Dann wollte Riegele einen Lizenzvertrag schließen. Heißt: Geld von Paulaner. 2023 entschied ein Gericht, dass die alte Vereinbarung immer noch gilt. Prost, ihr Streithähne.

Apropos Orangenlimo: Patente auf herkömmlich – also ohne Gentechnik – gezüchtete Pflanzen und Tiere sind in der EU verboten. Kritikern zufolge habe das Europäische Patentamt wegen juristischer Schlupflöcher allerdings schon rund 300 Patente auf herkömmlich gezüchtete Pflanzen und Tiere zugelassen, auf Forellenarten, Brokkoli- und Salatsorten. Oder eben die triploide Citrullus lanatus, die Wassermelone, die aufgrund ihrer ungeraden Chromosomenzahl kernlos ist und buschig wächst, wodurch sie weniger Anbaufläche braucht als andere Sorten. Nunhems, eine BASF-Tochtergesellschaft, behauptet, die Citrullus lanatus sei ihre Entwicklung. 2021 bekam sie ein europäisches Patent auf Pflanze, Saatgut und Früchte erteilt. Patentnummer: EP2814316.

Der Verein „Keine Patente auf Saatgut!“ hat dagegen beim Europäischen Patentamt Widerspruch eingelegt. Sowohl der buschige Wuchs als auch die fehlenden Kerne seien natürliche Entwicklungen, das Patent also nicht rechens. Die fehlenden Kerne seien sehr wohl eine Besonderheit, urteilte das Amt sinngemäß und lehnte den Widerspruch im vergangenen Jahr ab. Viele befürchten, dass Unternehmen zunehmend beeinflussen, welches Obst und Gemüse in Europa angebaut wird und wie viel Verbraucher dafür zahlen sollen. „Keine Patente auf Saatgut!“ beruft sich weiter auf das Verbot, herkömmliche Züchtungen als Patent zuzulassen, und hat Beschwerde beim Europäischen Patentamt eingelegt. Bis zur Entscheidung dürfte es wieder zwei, drei Jahre dauern, schätzt der Verein. Allerspätestens 2041 wird das Patent auf die buschig wachsende Wassermelone ohne Kerne auslaufen: Egal wofür, ein Patent gilt 20 Jahre. ➔



Wo die Freiheit baden geht

Feste Zeiten, in denen nur Mädchen und Frauen schwimmen dürfen? Geht es nach dem dänischen Integrationsminister Kaare Dybvad Bek, ist dafür kein Platz im Königreich. Laut einer Umfrage seines Ministeriums bieten Bäder in zwölf von 98 dänischen Kommunen geschlechtergetrennte Schwimmkurse und Badezeiten an, die vor allem für Mädchen und Frauen aus muslimischen Familien geschützte Räume sein sollen. Das sei „undänisch“, erklärte der Sozialdemokrat Dybvad Bek und forderte die Kommunen auf, geschlechtergetrenntes Schwimmen

zu verbieten. Zuspruch bekam er von den Rechtskonservativen, die bereits Debatten über Integration in Schwimmbädern losgetreten hatten. In Dänemark wurden Grenzschutz und Asylpolitik in den vergangenen Jahren massiv verschärft. Kritiker warfen Dybvad Bek Symbolpolitik vor und betonten, dass auch in Schwimmhallen Raum für Vielfalt sein müsse. Verboten ist das geschlechtergetrennte Schwimmen bislang nicht, aber für 2025 hat das Integrationsministerium eine erneute Umfrage geplant.

Theresa Bachmann

festschreiben, die wirklich den Kern berühren. Aber so hitzig wird es vergleichsweise selten, weil größtenteils erfahrene Diplomaten und hohe Regierungsbeamte dabei sind.

Prallen da auch verschiedene Verhandlungsstile aufeinander?

Robertson: Auf jeden Fall. Manche sind sehr laut, andere ruhig und gelassen. Manche verlassen sich auf bestimmte Instrumente. Ich kenne zum Beispiel jede Menge großartiger Geschichtenerzähler unter den Verhandlungsführern der kleinen Inselstaaten. Wenn du dich in technischen Details verlierst, kann das den Fokus auf die Realität zurückbringen.

Omari-Motsumi: Als ich das erste Mal zu den Verhandlungen kam, dachte ich ständig: Wir sind uns einig, das ist fantastisch! Damals wusste ich nicht, dass es eine Menge Untertöne gibt, dass viel zwischen den Zeilen gesagt wird.

Wird auch außerhalb der Verhandlungsräume diskutiert?

Omari-Motsumi: Informelle Treffen sind sogar ziemlich wichtig. Gut funktioniert die Flurstrategie: Man trifft sich draußen mit einem Verhandler der Gegenseite und spricht bei einem Kaffee weiter. Manchmal hilft es, wenn man sich gerade nicht wie in einer Verhandlung fühlt.

*Auf der COP gilt das Konsensverfahren:
Ein Beschluss scheitert, wenn nur ein einziges Land widerspricht. Manche kritisieren, dass man sich so nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen kann.
Was denken Sie?*

Robertson: An der Kritik ist was dran. Wir sind an das Tempo der starrsten Parteien gebunden und treffen in der Regel Entscheidungen, die weniger ehrgeizig und weniger effektiv sind, als sie sein sollten.

Omari-Motsumi: Und ein Land, das gegen eine Lösung ist, auf die sich hundert andere Länder geeinigt haben, kann alle anderen als Geiseln nehmen. Das ist schon mehrmals vorgekommen. Auf der anderen Seite: Ohne Konsensprinzip könnten die mächtigen Staaten versuchen, sich in Gruppen auf bestimmte Dinge zu einigen. Dank des Konsensprinzips wird auch den kleinsten Staaten zugehört, und man denkt darüber nach, warum eine Gruppe vielleicht noch nicht so weit ist.

Robertson: Die Einstimmigkeit gibt der Konferenz eine Legitimität, die kein anderes Klimaforum hat. Bei allem Streit, bei aller Kritik ist die COP also vermutlich das beste Format, um die Klimakrise global anzugehen.



Auf der diesjährigen COP29 wird Kulthoum Omari-Motsumi für die afrikanische Gruppe im Bereich Anpassungsfinanzierung verhandeln. Also über die Gelder, die es armen Ländern ermöglichen sollen, sich an unabwendbare Klimafolgen anzupassen.



Michai Robertson aus Antigua und Barbuda verhandelt für die Allianz der kleinen Inselstaaten (AOSIS) im Bereich Finanzierung. Die sei für Entwicklungsländer besonders wichtig, damit sie sich überhaupt Klimaschutzmaßnahmen leisten können.



So ein Käse

Er quietscht, vereint, spaltet: Halloumi, auf Türkisch Hellim genannt. Seit 2021 darf in den Kühltheken der Europäischen Union nur Käse als „Halloumi“ oder „Hellim“ verkauft werden, wenn er aus Zypern stammt. Die Mittelmeerinsel ist seit 1974 politisch geteilt, jahrelang hatten der griechisch-zyprische Süden und der türkisch-zyprische Norden um die geschützte Ursprungsbezeichnung gestritten: Der Käse ist für beide Inselteile ein wichtiges Exportgut. Der Kompromiss aus Brüssel, beide Namen zu schützen, sollte die gespal-

Tour de beef, Etappe 5: Zypern

tene Insel näher zusammenbringen. Das hat nicht geklappt, im Gegenteil: Produzenten aus dem Norden beschwerten sich etwa, die EU-Zertifizierung sei im Süden leichter zu bekommen (im Norden sind derzeit vier Betriebe zertifiziert, im Süden knapp 60). Und auch um die vorgeschriebenen Zutaten gibt es Streit: Der Käse soll laut EU-Verordnung mehr als 50 Prozent Ziegen- und Schafsmilch enthalten. Ein Kriterium, das die Käsequalität steigert, aber auch die Produktionskosten.

Theresa Bachmann